

Partizipation in der Demokratie | Lesen lernt man nur durch Lesen

Teo Otto – Ausstellung im Lippischen Landesmuseum

Lehrerbildung

erziehen

organisieren

kooperieren

fördern

verwalten

Leistung beurteilen

unterrichten

Leistung messen

beraten

innovieren

evaluieren

diagnostizieren

Aus unserer Sicht	► Mut zur Schülerlücke?	2-3
Thema	► Von Volkserziehern und Oberlehrern – Die Geschichte der Lehrerausbildung	4-5
	► „... mit den Studienseminaren in die Zukunft gehen“	6
	► Positionspapier des VBE zur Reform der Lehrerbildung in NRW	7-9
	► Wechsel im Referat Lehrerbildung	9
Bildungspolitik	► Zukunft der Lehrerbildung – VBE NRW beim Wissenschaftsminister	10
VBE-Service	► Individuelle Förderung, Lernstudio. Alles was Recht ist – „aktuelle Urteile aus 2006“	im Innenteil
Schulpraxis	► Lesefitness-Training	11
	► Projekt „Internationales Kunstmenü“	12
VBE-intern	► Partizipation in der Demokratie	13-14
	► Hans-Dieter Siepmann gestorben	14
Leserbrief	► Lamentieren, protestieren, demonstrieren und nun?	15
Tipps	► Teo Otto – Ausstellung im Lippischen Landesmuseum	16-17
VBE-regional	► KV Neuss, OV Meschede-Bestwig-Eslohe	18
Medien	► Büchermarkt	19

Aus unserer Sicht

Mut zur Schülerlücke?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



man reibt sich ja über vieles verwundert die Augen, was in der Zeitung steht. Am 15. August fand sich im Kölner Stadtanzeiger ein Artikel über eine Veranstaltung im Rhein-Erft-Kreis. Etwa 120 Eltern und Lehrer hatten hier die Gelegenheit genutzt, Schulministerin Barbara Sommer kritische Fragen zum Schulgesetz und der aktuellen nordrhein-westfälischen Bildungspolitik zu stellen. Einen Lehrer trieb offensichtlich die Frage um, wie er denn nun das im Schulgesetz neu verankerte Recht auf individuelle Förderung angesichts zu großer Klassen in die Praxis umsetzen sollte. Er könne ja schlecht einen Teil seiner Schüler nach Hause schicken, um den Rest dann individuell zu fördern. Die Schulministerin soll sich sehr flexibel gezeigt haben und wird zu meiner Überraschung in der Zeitung mit folgenden Worten zitiert: „Überschreiten Sie Grenzen, ich stärke Ihnen den Rücken. Schicken Sie ruhig die guten Schüler früher nach Hause.“ Allerdings müsste eins gewährleistet sein: „Am Ende des Schuljahres sollen alle Kinder versetzt werden.“

Ob die Journalistin das wirklich richtig verstanden hat? Ich mag es gar nicht glauben. Das Schulgesetz schreibt doch vor, dass jedes Kind ein Recht auf individuelle Förderung hat. Bisher bin ich immer davon ausgegangen, dass das Adjektiv „individuell“ zu dem Substantiv „Individuum“ gehört, was wiederum den einzelnen Menschen in seiner ganz speziellen Eigenart meint. Sind nun die guten Schülerinnen und Schüler keine Individuen? Das kann doch die Schulministerin nicht gemeint haben. Da muss der Journalist ein Fehler unterlaufen sein. Ich habe mich noch einmal vergewissert und habe die vom Ministerium veröffentlichte Ausgabe des Schulgesetzes genau gelesen. Da finden sich u. a. 30 Argumente für das neue Schulgesetz. Als Argument Nummer 1 wird die Verbesserung der individuellen Förderung angeführt. Da steht schwarz auf weiß, dass individuelle Förderung bedeutet, „von einem Kind so viel zu fordern, wie es mit einiger geistiger Anstrengung erreichen kann.“ Denkt die Ministerin etwa, dass individuelle Förderung für gute Schüler besser zu Hause als in



der Schule stattfinden kann? Das kann doch nicht sein. Die individuelle Förderung soll ja die Durchlässigkeit nach oben erhöhen – so zumindest hat uns die Ministerin das immer erklärt. Und wenn dann die guten Schüler zu Hause vorm Fernseher abhängen statt in der Schule individuell gefördert zu werden, dann bekommen wir ja gar nicht mehr Durchlässigkeit. Wir müssen für mehr Durchlässigkeit sorgen, Durchlässigkeit ist nämlich in den erwähnten 30 Argumenten für das neue Schulgesetz Argument Nummer 8. Zudem ist Argument 1 die Voraussetzung für Argument

8. Das wiederum heisst, wenn 1 nicht zutrifft, trifft auch 8 nicht zu. Und das kann ja nicht sein. Schließlich sind individuelle Förderung und Durchlässigkeit doch die Kernstücke des Schulgesetzes. Oder doch nicht? ■



Landesvorsitzender VBE NRW

Achtung! Der VBE hat neue Telefon- und Faxnummern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, bitte beachten Sie:

Der VBE ist ab sofort erreichbar unter der **neuen Telefonnummer 0231 - 42 57 57 0.**

Der VBE ist ab sofort erreichbar unter der **neuen Faxnummer 0231 - 42 57 57 10.**



Impressum

SCHULE HEUTE – Information und Meinung
erscheint monatlich – mindestens zehnmal jährlich

Produktion:
VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon (02 31) 42 00 61, Fax (02 31) 43 38 64
Internet: www.vbe-verlag.de, E-Mail: redaktion@schuleheute.de

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer,
Erzieherinnen und Erzieher im dbb NRW,
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon (02 31) 42 57 57 0, Fax (02 31) 42 57 57 10

Redaktion:
Herbert Boßhammer (Schriftleiter),
Sprakeler Str. 65, 48268 Greven-Gimbte,
Telefon (0 178) 244 98 66;
E-Mail: h.boßhammer@vbe-nrw.de
Udo Beckmann, Christel Jungmann
E-Mail: redaktion@schuleheute.de
Internet: www.vbe-nrw.de

Druck und Anzeigenverwaltung:
Gebrüder Wilke GmbH, Caldenhofer Weg 118, 59063 Hamm

Satz und Layout: my-server.de GmbH
Wambeler Hellweg 152, 44143 Dortmund
in Zusammenarbeit mit: Kirsch Kürmann Design
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund
Titelbild, Fotos Seite 7 und 12: photocase.com. Fotos Seite 13: Pixelquelle.de

Anschriftenverwaltung:
VBE-Geschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Mitglieder erhalten diese Zeitschrift **kostenlos als Verbandsorgan**.
Abonnement 17,00 EUR, Einzelheft 1,90 EUR, zuzüglich Versandkosten.
Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.
Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben
keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der
Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder
teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern
erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei
Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.
Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbei-
tung der Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn aus-
reichendes Rückporto beiliegt. Die Redaktion behält sich vor, redaktionelle
Kürzungen der eingesandten Texte vor der Veröffentlichung vorzunehmen.
Die Besprechung ohne Aufforderung zugesandter Bücher bleibt der
Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser
wieder und entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Beilage: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

ISSN-Nr.: 0342-751X

weitere VBE-Telefonnummern

Servicestelle: **0231 / 43 38 63**
Di, Mi 14.00 bis 17.00 Uhr

Rechtsberatung: **0231 / 42 57 57-0**
RA Kieslinger

Pressestelle: **0231 / 42 57 57-18**
Frau Jungmann

**Mitgliederservice/
Landeskasse:** **0231 / 42 57 57-57**
Frau Meister
Mo-Do 11.00 bis 16.30 Uhr
Fr 11.00 bis 14.30 Uhr

Bildungswerk: **0231 / 42 57 57-15**
Frau Oertel
Mo-Do 9.00 bis 14.00 Uhr
Fr 9 bis 13.00 Uhr

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Mo-Do 9.00 bis 16.30 Uhr
Fr 9.00 bis 14.30 Uhr



Von Volkserziehern und Oberlehrern

Die Geschichte der Lehrerausbildung

Wenn der Dorfschulmeister des 17. Jahrhunderts die Schulstube betritt, kann von Pädagogik keine Rede sein. Vor ihm sitzen Schüler aller Altersgruppen, die sich den Raum mit den Hühnern oder einer Ziege teilen müssen. Der Schulmeister sorgt für Zucht und Ordnung, raunt Befehle und fragt vor allem Bibelverse ab, denn die sind inhaltlich das A und O des Unterrichts. Nebenbei repariert er Schuhe oder näht Hosen, denn Lehrer zu sein ist keineswegs ein Hauptberuf. Der Dorfschulmeister des 17. Jahrhunderts ist Handwerker und verdient sich mit dem Schullehnen etwas dazu. Eingestellt wird er von der Gemeinde,

nachdem der Pfarrer ihn begutachtet hat. Kann der Bewerber halbwegs lesen und schreiben, ist er nicht gänzlich untalentierte im Rechnen und versteht sich auf Bibelverse, genügt das völlig, wenn er nur keine hohen Gehaltsansprüche stellt. Niemand fragt nach Zeugnissen oder einem Abschluss, eine Lehrerausbildung gibt es noch nicht. Der Pfarrer ist der direkte Vorgesetzte des Dorfschulmeisters und kann jederzeit unangemeldet im Unterricht auftauchen, um zu kontrollieren, ob die Arbeit des Lehrers auch im Sinne der Kirche ist. Darüber hinaus zieht er diesen auch zum Küsterdienst oder Reinigungsarbeiten heran. Ohne Ausbildung,

arm und in totaler Abhängigkeit vom Pfarrer, wird der Dorfschulmeister häufig zur Zielscheibe der Karikatur:

„Denn wer in seiner Jugend nichts Tüchtiges gelernt hat und gleichwohl sein Maul ernähren will, kann nicht besser tun denn ein Schankwirt oder ein Schulmeister zu werden.“

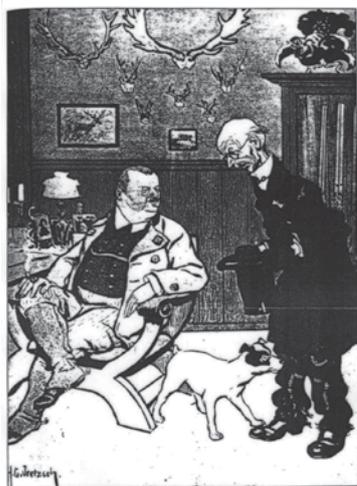
1763 greift dann König Friedrich Wilhelm II. von Preußen mit dem Generalschulreglement selbst in die Schulangelegenheiten ein:

„Das Reglement will dafür sorgen, dass der dem Christentum höchst unschädlichen Unwissenheit vorgebeugt und

abgeholfen werde, um in Zukunft in den Schulen bessere Untertanen bilden zu können.“

Um das zu erreichen, soll der künftige Dorfschulmeister „nicht nur hinreichende Geschicklichkeit haben, Kinder in den nötigen Stücken zu unterrichten, sondern auch dahin trachten, dass er in seinem ganzen Verhalten ein Vorbild für die Herde sei.“

Bei dem Generalschulreglement handelt es sich um einen ersten Versuch, die Schulpflicht durchzusetzen. Dies geht mit ersten Schritten hin zu einer geordneten Volksschullehrerausbildung einher. Im selben Jahr gründet nämlich Johann Julius Hecker in Berlin das erste preußische Lehrerseminar, in dem junge Männer lernen, dass es so etwas wie Unterrichtsmethoden gibt. Weitere Seminargründungen folgen, Prüfungsordnungen werden erstellt. Wer sich künftig um eine Stelle als Dorfschulmeister bewirbt, soll vor dem Pfarrer und einigen Gemeindemitgliedern beweisen, dass er Rechtschreibung, Schönschreiben, Rechnen sowie Kirchengesang beherrscht und Kindern die richtigen Fragen stellen kann. Der erste Schritt in Richtung Volksschullehrerausbildung ist gemacht. Die Ausbildung in den Seminaren dauert normalerweise drei Jahre. Allgemeinbildende und berufsvorbereitende Elemente sind eng miteinander verknüpft, praktische Unterrichtserfahrungen können die Seminaristen an sogenannten Übungsschulen machen. Aufgenommen werden junge Männer, die selbst die Volksschule besucht haben und eine gute Allgemeinbildung nachweisen können. Diese erwerben sie entweder im Einzelunterricht bei einem Pfarrer oder Lehrer oder später in einer sogenannten Präparandenanstalt. Aus den in den Städten angesiedelten Seminaren ziehen dann wenige Jahre später junge Männer aufs Land, die manchmal gerade 18 und schon ausgebildete Lehrer sind. Der Pfarrer C. F. Klöden beobachtet, zu welchen Konflikten das hin und wieder führt:



Lehrer: „Herr Baron, dürfte ich Sie auch in diesem Jahre wieder um eine abgelegte Hose bitten?“

H. G. Jentsch, 1902



„Mein alter Freund hatte noch nie ein Seminar gesehen und liebte auch die in der Nachbarschaft angestellten jungen Lehrer, die im Seminar ausgebildet worden waren, gar nicht. Er pflegte sie die Herren Professoren zu nennen und ärgernte sich, wenn er sie im Leinrock sah. In ihrem Kopf, meinte er, sei es so hohl wie in einem Hut.“

Volksschullehrer ohne Ausbildung scheinen zu spüren, dass ihnen Konkurrenz aus den Seminaren droht. Noch hat aber der alte Handwerkerlehrer nicht völlig ausgedient. Um 1830 kann noch nicht einmal die Hälfte der Volksschullehrer in Preußen eine Seminarbildung vorweisen. Allerdings garantiert seit 1826 eine Prüfungsordnung demjenigen Bewerber eine bevorzugte Einstellung in den Schuldienst, der sowohl seine fachliche Eignung als auch „die moralische Befähigung zum Lehramte, das Betragen und die Gemütsart“ nachweisen kann.

Während in der Volksschullehrerausbildung trotz vieler neuer Regelungen de facto noch vieles beim Alten ist, bringt das sogenannte examen pro facultate docendi vom 12. Juni 1810 in Preußen den Gymnasiallehrer hervor:

„Dieser allgemeinen Prüfung sich zu unterziehen, sind die künftigen Lehrer an solchen königlichen Schulen gehalten, die die Befugnis haben, Schüler zur Universität zu entlassen.“

Eine klar umrissene Ausbildung mit dem Studium der alten Sprachen und der Mathematik sowie eine staatlich überwachte Prüfung zum Abschluss schieben künftig für die höheren Schulen der willkürlichen Lehrerauswahl durch den Rektor oder die Gemeinde einen Riegel vor. Schulen, die die so ausgebildeten Lehrer nicht bezahlen können, dürfen das Abitur nicht mehr abnehmen. Die unüberschaubare Zahl der früheren Lateinschulen in Preußen wird auf 100 Gymnasien reduziert. An diesen Gymnasien sollen nun Lehrer wirken, die an der Universität ausgebildet worden sind. Während auf deren wissenschaftliche Ausbildung sehr viel Wert gelegt wird, fehlt die pädagogische Ausbildung fast ganz. Die neuhumanistischen Bildungsreformer um Wilhelm von Humboldt gehen davon aus, dass ein guter Wissenschaftler automatisch auch ein guter Lehrer ist. 1826 wird ein sogenanntes Probejahr eingeführt, in dem Lehramtskandidaten durch Hospitationen und eigene Unterrichtsversuche im Umfang von sechs bis acht Wochenstunden praktische Fähigkeiten erwerben sollen. Sein Ausbildungswert ist aber eher gering, denn nur allzu oft werden die Kandidaten, mit allen Lehrerpflichten versehen, als billige Arbeitskräfte eingesetzt. Fehlt in der Gymnasiallehrausbildung der Bezug zur pädagogischen Arbeit, so fehlt in der Volksschullehrerausbildung weitge-

hend der Bezug zur Wissenschaft. Mit dem Scheitern der Revolution von 1848 wird die Seminarbildung der Volksschullehrer auf ein absolutes Minimum reduziert.

Die Regulative des preußischen Geheimrats Ferdinand Stiehl legt fest, dass ein Volksschullehrer kaum mehr als seine künftigen Schüler lernen soll:

„Der künftige Lehrer ist zur Erteilung von Les- und Schreibunterricht an einer Elementarschule befähigt, wenn er die Fibel und das Lesebuch richtig zu behandeln versteht.“

In den folgenden Jahrzehnten dreht sich die Diskussion über die Lehrerausbildung stetig im Kreis. Für die Volksschullehrer wird immer mal wieder eine wissenschaftliche Ausbildung gefordert und für die Gymnasiallehrausbildung mehr Praxisbezug. Als der preußische Kultusminister 1889 im

Landtag erklärt, „nicht die Züchtigung von Gelehrten“, sondern die Heranbildung von Lehrern müsse die Aufgabe des Lehramtsstudiums sein, wird er von dem Altphilologen Ulrich von Willamowitz-Moellendorf kühl abserviert:

„Hängt unser Leben und unsere Existenzberechtigung etwa an der Ausbildung der Lehrer? Wer überhaupt weiß, was Wissenschaft ist, kann sich mit niemandem auf eine Debatte einlassen, der wissenschaftlichen Unterricht mit der Abrichtung für irgendeinen Beruf verwechselt.“

Analog zu der Aufteilung des Schulwesens in ein höheres und ein niederes verfestigt sich die Trennung der Lehrerausbildungsgänge, die jeweils in das niedere beziehungsweise höhere Lehramt münden. In der Weimarer Republik gilt zwar die Regelung, dass das Abitur die Voraussetzung für die Ausbildung zum Volksschullehrer ist. Die in der Verfassung formulierte Absicht, „die Lehrerausbildung (...) nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das ganze Reich einheitlich zu regeln“, wird aber nicht umgesetzt. Im Faschismus ist dann die Volksschullehrerausbildung wieder auf dem Niveau des 18. Jahrhunderts angekommen. Volksschullehrer wird man ohne Abitur – kaserneartig in einer nationalsozialistischen Lehrerbildungsanstalt zusammengefasst.

Nach 1945 greift man sowohl in Bezug auf die Gliederung des Schulsystems als auch die Lehrerausbildung weitgehend auf die Regelungen der Weimarer Republik zurück. Trotz vieler Reformen der Lehrerausbildung seit 1945 hat sich bis heute die Vorstellung, dass es „höhere“ und „niedere“ Lehrer gibt und geben muss, nicht völlig überlebt. ■

Christel Jungmann



– „Liebes Kind, ich heiße jetzt nicht mehr Oberlehrer, sondern Studienrat!“

– „Um Gottes willen, Max, dann haben wir ja doch die Räterepublik!“

A. Kraska, 1920

„... mit den Studienseminaren in die Zukunft gehen“

Ein ermutigendes Zeichen des MSW?



Nordrhein-Westfalen wird in dieser Legislaturperiode die Weichen für die konsekutive Lehrerausbildung stellen, – so die Zielsetzung von Frau Ministerin Sommer und Herrn Minister Pinkwart.

In 2006 wird das Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Technologie (MIWFT) und den Hochschulen ein Grundmodell für die 1. Phase erarbeiten. Dabei orientiert sich das MSW an den Quedlinburger Beschlüssen*, die unter anderem vorsehen, dass sich die Gesamtdauer des Studiums nicht verlängern darf. Das wirft Probleme bei den Lehrämtern auf, die bisher kürzere Regelstudienzeiten haben als die Lehrämter des höheren Dienstes. Hier wird der VBE für eine Angleichung der Studienzeiten für Lehrerinnen und Lehrer des gehobenen Dienstes zu kämpfen haben.

Was die 2. Phase angeht, so soll wohl das berufsqualifizierende Praktikum an der Universität in die Verantwor-

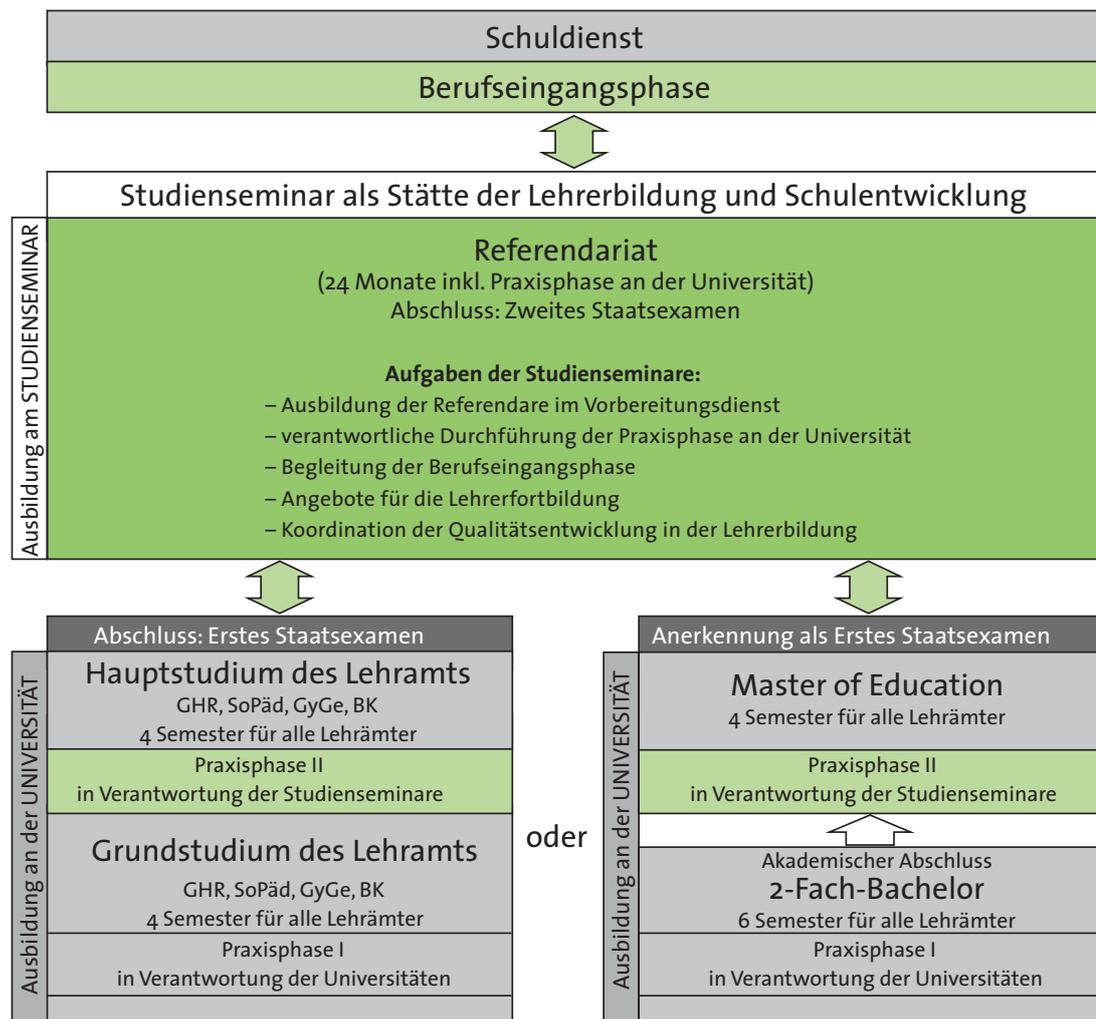
tung der Studienseminare übergehen, weil die Universitäten das nicht mehr leisten können. Für den VBE kommt es darauf an, darauf zu achten, dass das Ganze nicht zu einer Verkürzung des Vorbereitungsdienstes oder gar zu einer einphasigen Ausbildung führt. Der Untergang der Pädagogischen Hochschulen nach der Integration in die Universitäten sollte uns warnendes Beispiel sein. Beruhigend ist in diesem Zusammenhang die Aussage des Ministeriums, es wolle „mit den Studienseminaren in die Zukunft gehen.“

Der VBE legt in seinem Positionspapier dar, wie er sich das vorstellt. Er weiß sich damit in den Grundzügen einig mit den Eckpunkten des Forum Lehrerbildung, an denen er mitgewirkt hat.

Friedhelm Heiland, Referat Studienseminar

*) Eckpunkte für die gegenseitige Anerkennung von Bachelor- und Masterabschlüssen in Studiengängen, mit denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 02.06.2005

Zukünftige Lehrerbildung NRW – ein mögliches Modell?



© Wolfgang Wähl 2006

Positionspapier des VBE zur Reform der Lehrerbildung in NRW



Wenn das öffentliche Schulwesen seinem Doppelauftrag gerecht werden will, alle Schüler optimal zu fördern und gleichzeitig vorhandene Lern- und Leistungsunterschiede so weit wie möglich auszugleichen, müssen Schule und Unterricht eine hohe Qualität aufweisen, für die die Professionalität des Lehrerhandelns ein wesentlicher Bedingungsfaktor ist. Nur professionell ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer können die notwendige und gebotene Qualitätsentwicklung in einer Weise vorantreiben, dass die Umsetzung dieser anspruchsvollen Aufgabe gelingt.

Der VBE setzt sich daher für eine Lehrerbildung ein, die auf Professionalisierung ausgerichtet ist, ein hohes Niveau aufweist und die Besten für den Lehrerberuf zu gewinnen trachtet. Weil er nach wie vor die These von der Gleichwertigkeit der Lehrämter vertritt, setzt sich der VBE entschieden für ein einheitliches Lehramt an Schulen ein, das sich an wissenschaftlichen Anforderungen orientiert, eine gleich lange Ausbildungszeit für alle Kandidatinnen und Kandidaten vorsieht und auf gleich hohem Niveau sowie in Ausrichtung auf die Ausbildung beruflicher Professionalität erfolgt, dabei aber altersstufenspezifischen Differenzierungen Rechnung trägt und entsprechende Schwerpunktsetzungen vornimmt. Das Lehramt für Sonderpädagogik mit der individuellen Wahl der spezifischen Förderschwerpunktsetzung bedarf eines eigenständigen Ausbildungsganges, welcher schulformbezogen und schulformübergreifend konzipiert ist und die Befähigung zu einem weiteren Lehramt beinhaltet.

In inhaltlicher Hinsicht hat die Lehrerbildung die Vermittlung und den Erwerb berufsqualifizierender Fähigkeiten und Kompetenzen der Lehrerin und des Lehrers zu leisten. Der Kernbereich dieser Fähigkeiten und Kompetenzen bezieht sich auf die Planung, Organisation, Ge-

staltung und Reflexion von Lehr-Lern-Prozessen. Er umfasst das Unterrichten, Erziehen, Diagnostizieren, Beurteilen, Evaluieren, Beraten und schließt die Kompetenz zur kollegialen Schulentwicklungsplanung sowie zur eigenen beruflichen Fort- und Weiterbildung ein. Wie bisher sollte die Lehrerbildung in drei Phasen mit je spezifischen Aufgabenstellungen erfolgen:

Die erste Phase

dient der Erstausbildung, orientiert sich dabei an wissenschaftlichen Standards, findet für die Lehrämter aller Schulformen an Universitäten statt und umfasst ein Studium von acht Semestern. Der VBE favorisiert dabei das Modell grundständiger Lehrerbildung, bei dem erziehungswissenschaftliche, fachwissenschaftliche und fachdidaktische Studienanteile sowie schulpraktische Elemente integriert und zeitlich parallel studiert werden. Dieses Studienmodell scheint am ehesten geeignet, den Ansprüchen an die Lehrerbildung gerecht zu werden und die erforderliche Professionalisierung zu gewährleisten. Der VBE bedauert, dass es bei der gegenwärtigen Reform der Lehrerbildung in NRW keine Berücksichtigung mehr findet und an den Universitäten (in Umsetzung des sogenannten „Bologna-Prozesses“) stattdessen konsekutive Studienstrukturen eingeführt und auf die Lehrerbildung übertragen werden. Angesichts dessen setzt sich der VBE dafür ein, dass

- erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Studienelemente in die Bachelor-Phase integriert werden,
- frühe Praktika mit Selbsterprobungscharakter verpflichtende Studienbestandteile bleiben,
- die Ausbildung für kein Lehramt mit dem Bachelor endet, sondern immer auch eine Masterphase umfasst,
- diese Masterphase für alle Lehrämter vier Semester umfasst und es nicht erneut zu einer (verdeckten) Unterscheidung von „niederen“ und „höheren“ Lehrämtern kommt,
- die wünschenswerte Verzahnung von erster und zweiter Ausbildungsphase nicht einfach dadurch erfolgt, dass Elemente des Vorbereitungsdienstes in das Master-Studium übernommen werden und so die Verkürzung des Referendariats legitimiert wird.

Auf jeden Fall und unabhängig vom jeweiligen Studienmodell ist es erforderlich, dass die Koordination der universitären Ausbildung in dafür zuständigen Zentren für Lehrerbildung erfolgt. Diese Institutionen bieten sich auch als Partner der Studienseminare an, soweit Praxisphasen im Studium in die Verantwortung der Seminare übergehen.



Die zweite Phase

zielt auf den Erwerb reflektierter Handlungskompetenz im Bereich von Unterricht und Erziehung und dient der Vorbereitung auf die Übernahme von Verantwortung für das eigene berufliche Handeln. Sie ist als Vorbereitungsdienst organisiert, orientiert sich an den Erfordernissen von Selbstbildungsprozessen Erwachsener und findet in Schulen und Studienseminaren statt.

Aufgabe des Vorbereitungsdienstes ist die wissenschaftlich fundierte Ausbildung für die schulpraktische Tätigkeit. Von daher haben Studienseminare als Gelenkstellen zwischen Theorie und Praxis eng mit Universitäten und Ausbildungsschulen zu kooperieren.

Dringende Entwicklungs- und Reformnotwendigkeiten sind in diesem Zusammenhang:

- eine bessere Abstimmung der Ausbildungsinhalte zwischen der ersten und der zweiten Phase zur Ermöglichung anschlussfähigen Lernens,
- eine von Beginn an stärkere Ausrichtung aller Ausbildungselemente am Berufsfeld der Lehrerin und des Lehrers,
- ein temporärer Austausch von Lehrenden aus Universität und Studienseminar mit dem Ziel einer Kooperation zwischen den Phasen bei klarer Aufgabendefinition und Ressourcenbereitstellung,
- eine intensivere Nutzung der flächendeckend vorhandenen didaktischen Qualitäten aller Seminare auch für die Fort- und Weiterbildung.

Forum Lehrerbildung

Eckpunkte für ein Reformkonzept

Das ‚Forum Lehrerbildung‘ hat aus verschiedenen Diskussionsansätzen und Reformüberlegungen eine gemeinsame Grundposition entwickelt. Diese ist einstimmig verabschiedet worden.

1. Ziel der Reform muss die nachhaltige Qualitätssicherung und -verbesserung der Lehrerbildung insgesamt sein. Ausbildungsstandards und Kerncurricula garantieren und verbessern die inhaltliche Verbindlichkeit, Kontinuität und Anschlussfähigkeit der Phasen.
2. Die Entwicklung eines nachhaltigen Gesamtkonzepts bedarf ständiger inhaltlicher und organisatorischer Abstimmung zwischen Studienseminar, Universität und Schule.
3. Die anerkannten Qualitätsstandards der Ausbildung in der Zweiten Phase sind zu erhalten.
4. 24 Monate Ausbildungszeit bleiben auch weiterhin in der Verantwortung der Studienseminare.
5. Im Einklang mit den KMK-Beschlüssen ist von einer in Phasen organisierten, auf das Berufsfeld bezogenen Ausbildung auszugehen (Studium, Vorbereitungsdienst, Berufseingangsphase, Fortbildung).
6. Die Ausbildung in der Ersten Phase umfasst das universitäre Studium von zwei Unterrichtsfächern und schließt mit dem Ersten Staatsexamen ab.

7. Die Zusammenarbeit der Phasen ist gesetzlich geregelt. Basis der Zusammenarbeit ist die Gemeinsamkeit der Aufgabe unter Nutzung der jeweiligen komplementären Stärken.

Diese Zusammenarbeit ist in selbstständigen und zu didaktischen Zentren weiterentwickelten Studienseminaren institutionell verortet.

8. Die Auseinandersetzung mit der Schulpraxis erfolgt während des Studiums in zwei unterschiedlichen Formen und Funktionen:

- Die schulpraktischen Studien gem. LABG/LPO dienen dem forschenden Lernen, das schulische Praxis als Studiengegenstand fokussiert. Sie bleiben wie bisher in der Regie der Universität.
- Die Studierenden erwerben in einem (Praxis)Modul „Einübung in die Unterrichtspraxis“ unter der Regie der Studienseminare Basiskompetenzen für erstes Berufshandeln. Hier erfolgt die theoriegeleitete Einübung in die schulische Praxis als tatsächliches Unterrichtshandeln. Dieses Modul dient auch der Selbstvergewisserung der Studierenden über die Berufswahl und der Überprüfung der beruflichen Eignung. Es schließt mit einem Leistungsmerk ab und ist Voraussetzung für die Vergabe des Studienabschlusses.

Die dritte Phase

bildet das lebenslange „Lernen im Beruf“. Es umfasst die gesamte Berufsdauer von der für den Aufbau einer Berufskompetenz entscheidenden Berufseingangsphase bis zum Ende der Berufslaufbahn. Es dient dem weiteren Ausbau, der Erhaltung, Aktualisierung und Erweiterung der beruflichen Kompetenz der Lehrenden.

Notwendige Verbesserungen in dieser Phase betreffen:

- die Schaffung und Etablierung eines der produktiven Verarbeitung erster Berufserfahrungen dienenden Unterstützungssystems und von darauf abgestimmten Fortbildungsmaßnahmen für Berufsanfängerinnen und -anfänger,
- die Unterstützung und Steuerung einer schrittweisen Entfaltung der beruflichen Kompetenz von Berufsneulingen durch eine entsprechende Personaleinsatzplanung für junge Lehrkräfte,
- die systematische Erfassung und Berücksichtigung des Fortbildungsbedarfs an Schulen in Fortbildungsplänen als Teil der Personal- und Schulentwicklungsplanung vor Ort,
- die Forcierung der Bereitschaft zum kontinuierlichen Weiterlernen durch geeignete (Besoldungs- und Karriere-)Anreize.



Für die Koordination zwischen den Phasen haben die Studienseminare eine herausgehobene Bedeutung. Sie sind als didaktische Orte von hoher professioneller Kompetenz für Ausbildung und Fortbildung Sachwalter der Partizipation zwischen der ersten (Universität) und der dritten Phase (Schule) der Lehrerbildung.

Studienseminare haben mit ihren Fachleiterinnen und Fachleitern die fachlichen Kompetenzen und Ressourcen,

- um die Studentinnen und Studenten in deren Praxisphasen zu begleiten,
- um die Qualität der Zweiten Phase permanent weiterzuentwickeln,
- um die Phase des Berufseinstiegs zu optimieren,
- um die Lehrerfortbildung ortsnah und regional in ihrem Angebot noch differenzierter und bedarfsorientierter zu gestalten.

Die Ausgestaltung der Studienseminare zu Schaltstellen zwischen erster und dritter Phase der Lehrerbildung kann allerdings nur gelingen, wenn zugleich auch die personellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Dazu gehören in einem ersten Schritt zwei Maßnahmen, die unumgänglich sind:

Alle Fachleiterinnen und Fachleiter sind mit ihren Planstellen an den Studienseminaren zu führen, um die Flexibilität des Einsatzes im beschriebenen Umfeld zu sichern.

Die Gleichwertigkeit der Ausbildungsaufgaben in den Seminaren aller Schulformen und Schulstufen erfordert ein Beförderungsamts sowie eine Angleichung der Besoldung der Fachleiterinnen und Fachleiter des gehobenen Dienstes an die des höheren Dienstes. ■

Wechsel im Referat Lehrerbildung

Mit Beginn des neuen Schuljahres übergibt der Kollege Friedhelm Heiland den Vorsitz des Referates Lehrerbildung an den Kollegen Wolfgang Wähl.



Friedhelm Heiland war seit 1968 in der Seminausbildung tätig und zuletzt Geschäftsführer im Staatlichen Prüfungsamt für Zweite Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen.

Im VBE hat er im Laufe der Jahre vom Ausschuss „Bezirksseminar/Junge Lehrer“ bis zum „Referat Studienseminare“ die Geschicke der Seminare begleitet und sich für die Gleichwertigkeit der Lehrämter eingesetzt. Im Bereich der Lehrerbildung hat er die Entwicklung des VBE entscheidend mit geprägt.



Wolfgang Wähl war von 1981 bis 1994 als Fachleiter für Mathematik und im Hauptseminar in Dortmund tätig. 1994 wurde er zum Leiter des Studienseminars für das Lehramt für die Primarstufe in Arnshagen berufen.

Nach der Umstrukturierung der Studienseminare ist Wolfgang Wähl seit 2004 Leiter des Seminars für das Lehramt für die Primarstufe in Arnshagen. Er wohnt in Dortmund-Berghofen und ist seit dem 01.02.2006 VBE-Mitglied.

Als Schwerpunkt für die Arbeit im Referat in der nächsten Zeit sieht Wolfgang Wähl die Analyse der Auswirkungen der „Eckpunkte für ein Reformkonzept der Lehrerbildung“ in den Seminaren an. Das vom Referat erstellte Positionspapier des VBE stellt die Grundlage dar, auf der die politischen Gespräche mit allen mit der Reform der Lehrerbildung befassten Gremien geführt werden sollen.

Weitere Problemfelder zur Behandlung im Referat sind:

- Gleichstellung der Lehrämter, beginnend mit gleich langen Ausbildungszeiten an den Universitäten und Studienseminaren,
- Gleichwertige Besoldung der Funktionsträger in den Seminaren.

Wir wünschen Wolfgang Wähl einen guten und erfolgreichen Start bei der Leitung des Referats und bedanken uns bei Friedhelm Heiland für seine bisherige geleistete Arbeit und sein unermüdliches Engagement über eine lange Wegstrecke.

Udo Beckmann
Vorsitzender

Klassenfahrten nach Berlin

(Incl. Transfer, Unterkunft,
Programmgestaltung nach Absprache)
Broschüre anfordern bei:

Biss, Freiligrathstr. 3, 10967 Berlin,
Tel. (0 30) 6 93 65 30 · www.biss-reisen.de

Zukunft der Lehrerbildung

VBE NRW beim Wissenschaftsminister

Am 01. August 2006 fand im Wissenschaftsministerium ein Meinungsaustausch mit Minister Andreas Pinkwart, zuständig für den Bereich zur Neuordnung der Lehrerbildung, statt.

Minister Pinkwart machte gleich zu Beginn des Gesprächs deutlich, dass es ihm vor allem darum gehe, zu erfahren, welche Vorstellungen der VBE bzgl. einer Neuordnung der Lehrerbildung hat.

Die VBE-Vertreter erklärten, dass es für sie unabdingbar sei, dass die Lehrerbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer an der Universität verortet bleibt. Gleichzeitig sollten für alle Lehrämter die BA- und MA-Phasen von gleicher Länge sein. Als besonders wichtig wurde seitens des VBE herausgestellt, dass eine stärkere Verzahnung zwischen Theorie und Praxis bereits in der ersten Phase dringend erforderlich sei.

Prof. Pinkwart erklärte, dass es bzgl. der Vorstellungen des VBE mit ihm Einvernehmen darüber gebe, dass die Lehrerausbildung an den Universitäten verbleiben solle und auch von den Universitäten als eine wesentliche Aufgabe und ein wesentliches Standbein ihres Profils verstanden werden müsse.

Zu prüfen sei, an welchen Punkten der Ausbildung die konkreten Praxisbezüge zum Lehrerberuf hergestellt werden könnten. Und ob zum Beispiel eine solche Praxiserfahrung Voraussetzung sein könne für die Zulassung zum Masterstudium.



Die Gesamtkonstruktion der Lehrerbildung stehe zudem unter der Vorgabe, die Ausbildungszeit insgesamt zu verkürzen. Von daher müsse auch überlegt werden, ob und inwieweit Bestandteile der zweiten Phase in die erste

Phase der Lehrerausbildung integriert und gleichzeitig eine Verbesserung der Ausbildungsqualität insgesamt erreicht werden könnte.

Minister Pinkwart vereinbarte mit dem VBE einen erneuten Meinungsaustausch zu einem späteren Zeitpunkt. ■



V. l.: Bruno Quernheim, stellv. Vorsitzender, Hans-Gerd Scheidle, stellv. Vorsitzender, Minister Andreas Pinkwart, Udo Beckmann, VBE-Landesvorsitzender, Heinz Wagner, Leiter der Abteilung Schul- und Bildungspolitik VBE Bund. Zum Abschluss überreichte der Landesvorsitzende Minister Pinkwart ein Exemplar der VBE-Veröffentlichung „Ein neues Bild vom Lehrerberuf?“

KLASSE(N)FAHRTEN

Lehrerhotline: **06561-944410** youTEL

Bildung!!!

Sport!!!

Cooltour!!!

Fete!!!

Fun!!!

**NEU!!
Knigge-
Seminar**
ab 7€
pro Person!

EIFEL
Land of Nature

Jugendhotel Bitburg

Stadt-Land-Fluß
"die" Pauschale für Schulklassen,
komplett organisiert von A - Z.

All inclusive Wochen
Essen und Trinken soviel man kann-
ohne Mehrkosten.

Tel.: 06561-944410 E-Mail: info@youtel.de
Fax: 06561-944420 Internet: www.youtel.de

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins

35-jährige Beraterkompetenz Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter Vorortberatung wählbar
alles kostenfrei

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Lfz., bei 30 000,- €, mtl. *342,- €, bei 60 000,- €, *684,- € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Lfz. 5,37%, eff. Jahreszins 5,99%, b. 12 Jahre, bei Lfz. 14 Jahre eff. Zins ab 6,01%, max. Lfz. 20 Jahre. Kürzere Lfz. bei Gewinnanteilsverrechnung.
*1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, mit 5% Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 100%.

www.ak-finanz.de **AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen** **Tel. 0800/1000 500**
Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09 Gebührenfrei

Individuelle Förderung, Lernstudio

Handlungsrahmen zur Umsetzung des § 4 Ausbildungsordnung Grundschule (AO-GS)

Quelle: MSW, Stand Juni 2006

Aufnahme in die Grundschule

Alle Kinder, die bis zum festgesetzten Stichtag das sechste Lebensjahr vollendet haben, werden am 1. August desselben Kalenderjahres schulpflichtig und eingeschult. Schulpflichtige Kinder können allein aus erheblichen gesundheitlichen Gründen ein Jahr später eingeschult werden (§ 35 Abs. 3 Schulgesetz).

Da Kinder bei der Einschulung oft ganz unterschiedliche Voraussetzungen mit sich bringen und ihre Fähigkeiten sehr unterschiedlich entwickelt sind, brauchen sie eine individuelle Förderung. Nach dem neuen Schulgesetz haben alle Schulen die Verpflichtung zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler (§ 1 Abs. 1 Satz 1). Dies gilt nach § 2 Abs. 9 insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Entwicklungsverzögerungen; diese sollen besonders gefördert werden. Zudem ist festgelegt, dass die Schule „drohendem Leistungsversagen und anderen Beeinträchtigungen von Schülerinnen und Schülern“ unter „frühzeitiger Einbeziehung der Eltern mit vorbeugenden Maßnahmen“ begegnet (§ 2 Abs. 8 Satz 2). Diese Aufträge sind von besonderer Bedeutung für einen gelingenden Start ins Schulleben und daher eine besondere Verpflichtung für die Arbeit der Grundschulen.

Um diesen Verpflichtungen nachzukommen, entwickelt jede Grundschule ein eigenes Förderkonzept, in dem die Organisation der Fördermaßnah-

men (z. B. Förderunterricht) festgelegt ist. Bereits vorhandene oder erfolgreich umgesetzte Konzepte für die Schuleingangsphase sollen um Konzepte für die Jahrgangsstufen 3 und 4 erweitert werden.

Die beiden ersten Schuljahre können – nach Entscheidung der Schulkonferenz – entweder getrennt nach Jahrgängen oder in jahrgangsübergreifenden Gruppen organisiert werden. Die Organisationsformen sind gleichberechtigt. Eine einmal getroffene Entscheidung kann frühestens nach vier Jahren durch einen erneuten Beschluss in der Schulkonferenz verändert werden. Die individuelle Verweildauer in der Schuleingangsphase liegt je nach Entwicklung der Kinder bei einem Jahr, bei zwei oder bei drei Jahren.

Schuleigenes Förderkonzept

Der Schwerpunkt der Förderung liegt am Schulanfang. Um einen optimalen Übergang vom Kindergarten in die Grundschule zu ermöglichen, arbeiten beide Einrichtungen eng zusammen. Die Schule nimmt in ihr Konzept Förderhinweise oder -erkenntnisse der Kindertageseinrichtungen auf und entwickelt sie weiter. Insbesondere die künftig früher beginnende und verstärkte vorschulische Förderung im Bereich der Sprache wird von der Grundschule aufgegriffen und weitergeführt.

Die AO-GS bestimmt, dass Schülerinnen und Schüler durch die Grundschule individuell gefördert werden. Die Maßnahmen werden in einem schulinternen Förderkonzept zusammengefasst. Die Realisierung dieses pädagogischen Konzeptes verlangt nicht in jedem Fall eine äußere Differenzierung. Schülerinnen und Schüler können im Sinne des Konzeptes somit auch individuell gefördert werden, wenn sie räumlich nicht von ihrer Klasse getrennt sind.

Das schuleigene Förderkonzept kann Maßnahmen der inneren wie der äußeren Differenzierung (Lernstudio) sowie zusätzliche Förderangebote umfassen. Das Förderkonzept in der Schuleingangsphase kann sich von dem in den Klassen 3 und 4 unterscheiden.

Das schuleigene Förderkonzept sollte Aussagen zu folgenden Punkten enthalten:

- *Lernstandsdiagnostik (Berücksichtigung findet die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten und den Kindertageseinrichtungen, die Diagnostik im Anmeldeverfahren und in den ersten Schulwochen sowie die Weiterführung in den folgenden Klassen),*
- *Förderplanung,*
- *Anforderungen an die Unterrichtsorganisation (unter besonderer Beachtung der Organisation der individuellen Verweildauer in der Schuleingangsphase).*

Ziel jeder individuellen Förderung ist die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht der Lerngruppe sowie der Aufbau und die Weiterentwicklung von Lernkompetenz. Dies gilt für alle Kinder mit besonderen Fördernotwendigkeiten – Schülerinnen und Schüler mit Problemen beim Lernen wie auch mit besonderen Begabungen – vor allem zu Beginn der Schulzeit.

Förderung in äußerer Differenzierung in einem Lernstudio (in allen Schuljahren der Grundschule), die parallel zum regulären Unterricht erfolgt, erstreckt sich auf höchstens die Hälfte der wöchentlichen Unterrichtsstunden. In diesem Falle sind Art, Dauer und Umfang der Förderung für jedes Kind in einem individuellen Förderplan festzuhalten. Die Eltern werden über Sinn und Zweck der äußeren Differenzierung sowie über den einzelnen Förderplan in-

formiert, mit dem Ziel Einvernehmen herzustellen. Die individuellen Förderpläne sind kontinuierlich zu überprüfen und fortzuschreiben. Diese Form der Förderung erfolgt in der Regel nicht über ein ganzes Schuljahr hinweg, sondern ist eine zeitlich begrenzte Maßnahme.

Personelle Ressourcen

Förderunterricht ist ein fester Bestandteil der pädagogischen Arbeit der Grundschulen, die dafür auch die vorgesehenen personellen Ressourcen erhalten. Die Rahmenbedingungen, unter denen Schulen arbeiten, unterscheiden sich jedoch – zum Beispiel in sozialer Hinsicht – zum Teil erheblich. Die untere Schulaufsicht weist im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen und in nachvollziehbarerweise Schulen in schwierigem sozialen Umfeld und Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern mit besonderem Förderbedarf zusätzliches Personal zu. Dies können Lehrerinnen und Lehrer oder sozialpädagogische Fachkräfte sein.

Folgende Kriterien können für die Verteilung dieser Ressourcen zugrunde gelegt werden:

- *Vorlage eines tragfähigen Konzeptes,*
- *soziokultureller Einzugsbereich der Schule,*
- *hoher Anteil von Kindern mit besonderem Förderbedarf,*
- *Teamstruktur/Zusammenarbeit im Kollegium,*
- *hoher Anteil von Kindern aus Zuwandererfamilien.*

Sozialpädagogische Fachkräfte

Sozialpädagogische Fachkräfte haben den Auftrag, in enger Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern Kinder mit Entwicklungsrückständen und anderen Fördernotwendigkeiten insbesondere in der Schuleingangsphase zu fördern. Sie sind beim Schulamt eingestellt. Es entscheidet über den Einsatz, der in der Regel an einer Grundschule, im Benehmen mit der Fachkraft und den Schulen auch an zwei Schulen, erfolgen kann. Ein ausführliches Kompetenz- und Aufgabenprofil ist im Anhang beigefügt.

Der Einsatz der sozialpädagogischen Fachkräfte kann nicht zur Abdeckung der Stundentafel herangezogen werden.

Anhang: Kompetenz- und Aufgabenprofil der sozialpädagogischen Fachkräfte**1. Kompetenzbereiche**

- Einbringung sozialpädagogischer Kompetenz in die Schule und in den Schulentwicklungsprozess
- Planung und Durchführung gezielter Förderung bezüglich bestimmter Fähigkeiten, Fertigkeiten und Verhaltensweisen
- Erziehungsberatung
- Entwicklungsförderung als Eingliederungshilfe an gesellschaftlichen Konfliktstellen
- Zusammenarbeit mit Institutionen und professionellen Beratern

2. Aufgabenbereiche

- Förderung von Schülerinnen und Schülern u. a. im Zusammenwirken der Bereiche der Wahrnehmung, der Motorik, der Sprache – insbesondere der Förderung der phonologischen Bewusstheit –, der Mengenerfassung, der sozialen Kompetenzen und des Spiels
- Zusammenarbeit mit den Lehrkräften der Grundschule:
 - bei der Ermittlung der Lernausgangslage (Schulanfänger-Diagnostik, z. B. Bielefelder Screening, Kieler Einschulungsverfahren, Aachener Unterrichtsspiel),
 - bei der professionellen Beobachtung der Schülerinnen und Schüler im Unterricht in den grundlegenden Entwicklungsbereichen (vgl. Schulfähigkeitsprofil) sowie in den Lernbereichen und Fächern,
 - bei der Erstellung von Förderplänen für einzelne Schülerinnen und Schüler sowie Kleingruppen,
 - bei der Planung und Durchführung von Fördermaßnahmen in innerer und äußerer Differenzierung,
 - bei der Planung und Durchführung zusätzlicher Förderangebote,
 - bei der Absicherung und Durchführung kontinuierlicher Elterninformation und Elternberatung,
 - bei der Weiterentwicklung des Schulprogramms. Gegebenenfalls Beratung umliegender Schulen

3. Tätigkeitsbereiche

Die Tätigkeitsbereiche ergeben sich aus dem Schulentwicklungsprozess der einzelnen Schule. Die folgende, nicht abgeschlossene Auflistung nennt beispielhaft Schwerpunkte:

- Mitwirkung bei der Durchführung von Förderdiagnostik
- Mitwirkung bei der Erstellung von Förderplänen,
- Dokumentation von Entwicklungsfortschritten,
- Förderung der Eigen- und Fremdwahrnehmung unter Berücksichtigung aller Sinne; u. a. auch durch basale Förderung, durch Training der sensomotorischen Fähigkeiten, durch Motopädagogik, Psychomotorik und Entspannungsübungen,
- Förderung der Grob- und Feinmotorik,
- Unterrichtsbegleitung mit dem Ziel der Unterstützung und Stabilisierung der Kinder im Unterricht,
- Einübung der Kommunikationsfähigkeit von Kindern in Bezug auf Teilhabe am Klassenleben und im Unterricht,
- Förderung der emotionalen Kompetenz und Konfliktfähigkeit,
- Förderung von Organisationsstrukturen, die für schulisches Lernen und für eine erfolgreiche Beteiligung am Unterricht Voraussetzung sind,
- Förderung von Konzentration, Ausdauer, Beobachtungs- und Merkfähigkeit, u. a. auch durch Gestaltung kreativer Spielsituationen,
- Förderung im mathematischen Bereich und des logischen Denkens mit entsprechend anschaulichen Materialien,
- Beratung von Eltern (u. a. in Schul- und Erziehungsfragen, Möglichkeiten der häuslichen Unterstützung, notwendige außerschulische Therapiemöglichkeiten),
- Koordination unterschiedlicher Fördermaßnahmen,
- Kooperation mit außerschulischen Institutionen.

4. Gremienzugehörigkeit

Die sozialpädagogische Fachkraft ist ordentliches Mitglied der Lehrerkonferenz gemäß § 68 Schulgesetz (SchulG) an den Schulen, an denen sie tätig ist.



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW

Westfalendamm 247,
44141 Dortmund
Tel.: 0231 – 42 57 57-0,
Fax: 0231 – 42 57 57-10
info@vbe-nrw.de

Alles was Recht ist – „aktuelle Urteile aus 2006“



Konkurrentenklage „Die Bedeutung der Frauenförderung bei der Stellenbesetzung“

Bei der Besetzung einer Beförderungsstelle (hier A14 Fn. 2 Besoldungsordnung (BesO) NW) kommt dem Hilfskriterium „Frauenförderung“ eine entscheidende Bedeutung zu. Wenn die Hauptkriterien der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleich sind, müssen zugunsten des männlichen Bewerbers besonders schwerwiegende Gründe gegeben sein, um dessen Ernennung zu begründen.



Snowboardkurs als Werbungskosten für Lehrer?

Aufwendungen von Lehrkräften für Snowboardkurse/Skilehrgänge können als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit absetzbar sein, wenn ein konkreter Zusammenhang zur beruflichen Tätigkeit besteht. Eine grundsätzliche Ablehnung ist unzulässig, vielmehr muss eine Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalles erfolgen.

Die Anweisung an den Schulhausmeister

Die Anweisung eines Dienststellenleiters an den Schulhausmeister, die in der jeweiligen Schule vorhandenen elektrischen Geräte nach der Unfallverhütungsvorschrift zu überprüfen, unterliegt nach § 72 Absatz 4 Satz 1 Nr. 7 (Maßnahmen zur Verhütung von Dienst-Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen) Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) NW der Mitbestimmung des Personalrats.

Die Überweisung eines Schülers an eine andere Schule und das Persönlichkeitsrecht der Lehrkräfte

Die Beachtung der Persönlichkeitsrechte der Lehrkräfte gehört zu den Pflichten eines Schülers. Der Schüler muss diese Persönlichkeitsrechte auch außerhalb der Schule wahren. Eine Beleidigung von Lehrkräften mittels des Internet kann daher die Überweisung des Schülers an eine andere Schule rechtfertigen.

Sofortige Schulentlassung im Lichte des neuen Schulgesetzes

Die Entlassung eines Schülers von der Schule setzt nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Regelfall die vorherige Androhung voraus, auch wenn dies im Schulgesetz NRW – anders als in der (alten) Allgemeinen Schulordnung (ASchO) – nicht ausdrücklich bestimmt ist.

Diskriminierung von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften durch die Mehrarbeitsvergütungsverordnung?

Nach der Rechtsprechung des EuGH gilt, dass jeder Bestandteil des den männlichen oder weiblichen Arbeitnehmern gezahlten Entgelts gleich sein muss. Wenn der überwiegende Teil der Teilzeitbeschäftigten weiblich ist, und die Mehrarbeitsvergütung gegenüber der anteiligen Besoldung geringer ist, kann dies eine mittelbare Diskriminierung darstellen.

Infektionskrankheiten an Schulen in Hinblick auf den Mutterschutz

Bei schwangeren Lehrkräften sind die Schutzbestimmungen des Gesetzes zum Schutz der erwerbstätigen Mutter laut Mutterschutzgesetz (MuSchG) bzw. der Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen im Lande NRW (MuSchVB) zu beachten. In Schulen mit mehr als drei Lehrerinnen im Angestellten- oder Beamtenverhältnis sind die genannten Texte auszulegen oder den Lehrkräften zugänglich zu machen.

Aufgrund einiger Unklarheiten weisen wir noch einmal darauf hin, dass eine schwangere Lehrerin bereits vor dem Beginn der Mutterschutzfrist mit einem Beschäftigungsverbot belegt werden muss,



wenn nach ärztlichem Zeugnis Leben oder Gesundheit von Mutter oder Kind bei Fortdauer der Dienstleistung/Tätigkeit gefährdet sind.

Fristbeginn für die Meldung eines Dienstunfalls

Die Frist für die Meldung eines Dienstunfalls beginnt auch bei einer posttraumatischen Belastungsstörung mit dem Unfallzeitpunkt.

Hinweis:

Rechtsberatung für Mitglieder oder Hintergrundinformationen zu der genannten Rechtsprechung durch RA Kieslinger, Landesgeschäftsstelle Dortmund, Tel. 0231/ 425757-0 (bitte neue Rufnummer beachten)

Auch persönliche Beratungstermine nach Vereinbarung

VBE

Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW

Lesefitness-Training

Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und mit der Unterstützung der Landeselternschaft Grundschulen führt der VBE ein Lesefitness-Training für Grundschülerinnen und -schüler durch. Den Auftakt dazu bildete die Landespressekonferenz am 10. August 2006. In der Staatskanzlei präsentierten Schulministerin Barbara Sommer in Vertretung für den Minis-



Ministerin Barbara Sommer im Gespräch mit Verleger Günther Brinek (Domino-Verlag)



V. l.: Andrej Priboschek, Udo Beckmann, Barbara Sommer, Georg Maier, Günther Brinek

terpräsidenten, Georg Maier als Vertreter der Landeselternschaft und der VBE-Landesvorsitzende Udo Beckmann den Journalisten das Projekt. Alle Beteiligten waren sich einig, dass der Grundstein für die Lesefähigkeit in der Grundschule gelegt werden müsse und erklärten, das Lesefitness-Training sei eine gute Ergänzung zum Unterricht. ■

Informationsveranstaltungen zu FLOHs Lesefitness-Training in Dortmund, Bielefeld, Köln und Düsseldorf

Lesen lernt man durch Lesen

Bei den regionalen Informationsveranstaltungen wies der Verleger Günther Brinek noch einmal darauf hin, dass 7 von 10 Kindern Schwierigkeiten beim Lesen lernen haben. Am Anfang sei die Motivation riesengroß, ließe bei einigen Schüler(n)/-innen aber schnell nach, wenn keine Förderung zur Verfügung steht. Seine Forderung, dass Kinder täglich 5 Minuten lesen sollen, wird im Lesefitness-Training aufgegriffen und umgesetzt.

Silke Eckart, Leiterin des Referats Jugendschriften, hat bereits mit ihrer Klasse zu einem früheren Zeitpunkt an einem Lesefitness-Training teilgenommen und konnte den Teilnehmer(n)/-innen der Veranstaltungen wertvolle Tipps und Hinweise aus ihren Erfahrungen für die geplante Umsetzung geben.

Der VBE NRW hat ca. 100 Grundschulen angeschrieben, deren Migrationsanteil über 60 % liegt. Diesen Schulen wurde eine 1-jährige kostenlose Teilnahme angeboten.



*Lehrkraft, Bezeichnung der Klasse (z. B. 1A, 2B, 3C), Schülerzahl
Jede Klasse muss getrennt angemeldet werden.
Die Anmeldung kann erfolgen per Post, Fax, Telefon, E-Mail
oder online.*

*Domino Verlag, FLOHs Lesefitness-Training
Menzinger Str. 13, 80638 München*

Lesefitness-Hotline: 089-17913-222, Fax: 089-17913-211

Silke Eckart, Leiterin des Referats Jugendschriften, gab wertvolle Tipps für das Lesefitness-Training

Hier noch einmal die Anmeldeformalitäten:

Die Anmeldung zur Teilnahme am FLOH Lesefitness-Training ist bis zum 30.09.2006 möglich.

Am FLOH Lesefitness-Training können Schulklassen der Jahrgangsstufen 2, 3 und 4 (November 2006 bis Januar 2007) und die Jahrgangsstufe 1 (Februar bis April 2007) drei Monate lang kostenlos teilnehmen.

Folgende Angaben werden zur Anmeldung unbedingt benötigt: Schuladresse, Telefon / Fax / E-Mail der Schule, Name der

Hinweis: Das Lesefitness-Training kann unabhängig von der Teilnahme an den Informationsveranstaltungen durchgeführt werden. In den regionalen Veranstaltungen wurden praktische Tipps aus den Erfahrungen einer früheren Teilnahme vermittelt und der Umgang mit dem Material differenziert dargestellt.

Projekt „Internationales KUNST-MENÜ“

Förderung der Integration im offenen Ganzttag



Deutsche und niederländische Schulen haben eine ähnlich hohe Migrantenquote und damit das Problem der Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Durch das Einzugsgebiet von Schulen kann es zudem in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil zu einer Konzentrierung von ausländischen Kindern an den dortigen Schulen kommen, was eine zusätzliche Erschwernis für den Integrationsprozess mit sich bringt. Diese problematischen Konstellationen führen im Umfeld von Schulen häufig zu interkulturellen Konflikten, die sich nachteilig auf Lern- und Leistungsmotivation an den Schulen auswirken können. Es besteht darüber hinaus die Gefahr einer Stigmatisierung von Schulen oder von Kindern mit Migrationshintergrund, und damit verbunden das Abdrängen in gesellschaftliche Randbereiche oder ins soziale Abseits.

Die Folgen einer solchen Entwicklung wirken sich insgesamt nachteilig auf die gesellschaftliche Entwicklung aus und erfordern zukunftsfähige Ansätze und Ideen im Bereich der Integration und interkulturellen Verständigung.

Hierzu möchte das Projekt modellhaft Möglichkeiten aufzeigen und Schülerinnen und Schülern mit vielfältigen und kreativen Kunstprojekten neue Erfahrungsfelder und Formen des sozialen Lernens bieten. Interkulturelle Begegnungen sollen als Bereicherung erfahren werden und einen offenen und vorurteilsfreien Umgang mit Menschen anderer Herkunft fördern.

Konkret werden erstmalig – um nicht zu sagen einmalig – in Form des Team-Teaching gleichzeitig zwei Künstlerinnen und Künstler der bildenden Kunst aus den beiden Ländern über einen festen Zeitraum in Ganztagschulen eingesetzt, um die gemeinsam entwickelten Projektideen umzusetzen.

Alle beteiligten Künstlerinnen/Künstler haben langjährige Erfahrungen mit Kunstaktionen in Schulen und werden sich als Team den Schulen vorstellen.

Eine Auftaktveranstaltung findet im Rahmen des Weltkindertages am 24.09.2006 in Osnabrück statt. Die Heiligenweggrundschule wird zusätzlich am 21.09.2006 einen eintägigen Workshop mit Jugendlichen der Theatergruppe „Teatro Trono“ aus Bolivien gemeinsam durchführen. Die Ergebnisse werden dann auf dem Schulfest „Cultura Colorida“ am 23.09.2006 der Öffentlichkeit präsentiert.

Außerdem nimmt die Klasse mit ihrem erarbeiteten deutsch/niederländischen Workshopergebnis an der Parade der KinderKulturKarawane teil, die am 24.09.2006 Bestandteil des Weltkindertages ist. Die Ahlener Klassen, die im März ihre Workshops durchführen, werden dem Ereignis in Osnabrück am 24.09.2006 beiwohnen.

Eine Abschlussveranstaltung im März 2007 ist in Ahlen vorgesehen, zu der auch Klassen aus den anderen beteiligten Städten eingeladen werden, ihre erarbeiteten Produktionen noch einmal aufzuführen.

Ein weiteres Ziel des Projektes ist die Vernetzung der Künstlerinnen und Künstler aus der Euregiozone in Form einer Künstlerdatei als Webseite, in der sie sich für die Schulen und Öffentlichkeit vorstellen können. So initiiert das Kunstprojekt erstmals eine deutsch-niederländische Zusammenarbeit mit Gemeinden, Schulen, Künstlern und Kunsteinrichtungen, bei der sich professionelle Kunst und Kunsterziehung grenzüberschreitend begegnen.

Projektpartner:

Stadt Ahlen, Abt. Schule, Kultur und Weiterbildung (Antragsteller)

FOKUS – Forum Osnabrück für Kultur und Soziales e.V. Stadt Osnabrück, Fachbereich für Kinder, Jugendliche und Familie

Gemeinde Ostbevern, Schulamt EUREGIO, Gronau

Projektschulen:

Barbaraschule, Grundschule Ahlen

Geschwister-Scholl-Schule, Hauptschule Ahlen

Heiligenwegschule, Grundschule Osnabrück

Felix-Nussbaum-Schule, Hauptschule Osnabrück

Ambrosiusschule in Koop. mit Franz-von-Assisi-Schule, Grundschulen Ostbevern

Schulkinderhaus Ostbevern

Freinetschool De Bothoven, Basisschool Enschede

Openbare Prinseschool, Bilinguale Basisschool Enschede

Franz W. Jacobi
Projektleiter

Seminar für Senioren vom 20. – 22. Juli 2006 in Königswinter

Partizipation in der Demokratie

Ehrenamtliche Tätigkeit als praktizierte politische Verantwortung

Zu dem o. g. Thema konnten die Teilnehmer aus eigener Erfahrung sprechen. Sie zeigten die vielfältigen Möglichkeiten auf, sich auch im Alter im gesellschaftlichen Leben einbringen zu können. Zahlreiche leisten – abgesehen vom Lehrerverband – wertvolle Dienste als Bürgerbusfahrer, Leiter eines Chores, bei der Aufsicht in Museen, Betreuer behinderter Menschen oder in einem Hospiz. In vielen Vereinen sind sie wegen ihrer Erfahrungen und Zuverlässigkeit gefragte Mitarbeiter. Die Teilnehmer gelangten zu der Erkenntnis, dass unser Sozialwesen ohne ehrenamtliche Helfer kaum funktionieren kann. Andererseits empfinden sie in der Anerkennung ihrer Dienste im letzten Lebensabschnitt eine dankbare Erfüllung.



Senioren in Deutschland – Lebenssituation und politische Bedürfnisse

Anhand von beeindruckenden Zahlen zeigte die Referentin, Roswitha Verhülsdonk, ehemalige Staatssekretärin, den demografischen Wandel in unserer Gesellschaft auf. Wegen der damit verbundenen finanziellen Belastungen stellt sich verstärkt die Aufgabe, den älteren Mitbürgern ein lebenszugewandtes und selbstbestimmtes Altwerden zu ermöglichen. Dazu gehören das altersgerechte Wohnen, Angebote zur Weiterbildung, sportlichen Betätigung und gesellschaftlichen Beteiligung sowie selbstverständlich die erforderlichen gesundheitlichen Leistungen. „Eine humane Gesellschaft zeichnet sich aus, wenn sie eine Gesellschaft für alle Lebensalter ist!“ so die Referentin.

Besonders bei den Altersbezügen und den Kosten im Gesundheitswesen steht das Prinzip der Solidarität auf dem Prüfstand. Zunehmend müssen weniger junge Menschen für mehr Ältere aufkommen. Die ‚Aufbaugeneration‘ hat unter wesentlich schwierigeren Bedingungen ihren solidarischen Beitrag zu den Sozialsystemen geleistet, heute fehlen aber die Reserven. Diese sind durch mangelhaf-

te politische Weitsicht aufgezehrt worden.

In der abschließenden Diskussion erhielt die Referentin wertvolle Hinweise über Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen, wodurch Kosten eingespart werden können. Die Vorschläge beabsichtigt sie, bei der anstehenden Reform einzubringen.

Reflexion der eigenen Lebenssituation und der politischen Gegebenheiten nach Kriegsende

Beim Besuch des Friedensmuseums in Remagen erhielten die Teilnehmer fundierte Informationen über die Kriegseignisse im März 1945, als die letzte, noch intakte Brücke über den Rhein eine große strategische Rolle spielte. Ihre Eroberung durch die Amerikaner und das damit ermöglichte ungehinderte Vordringen ihrer Streitkräfte führte zur Verkürzung des Krieges. Besonders die bildhaften und mitreißenden Ausführungen des Begründers des Museums, Hans Peter Kürten, ehemaliger Bürgermeister der Stadt, ließen die Ereignisse noch einmal aufleben und machten die Zuhörer betroffen.

Am Ende der Führung erinnerte eine Tafel mit den Zahlen der Kriegsoffer an die Auswirkungen der menschenverachtenden, diktatorischen Politik der Nazis. Diese Zahlen klangen an. Sie sind ein ständiges Mahnmal für nachwachsende Generationen. Die anschließende Reflexion der eigenen Lebenssituation und der politischen Gegebenheiten nach Kriegsende war gekennzeichnet von unterschiedlich ausgeprägten Schuldgefühlen der Erwachsenen, die überlebt hatten und meist ungewollt beteiligt gewesen waren. Die Teilnehmer des Seminars befanden sich damals im Jugend- bzw. Kindesalter. Sie konnten weder schuldig geworden sein, noch zur Politik ein Verhältnis gehabt haben. Bei den Älteren, den ‚Geschlagenen‘, stellten sie allerdings eine gewisse Teilnahmslosigkeit politischen Ereignissen gegenüber fest. Nach den furchtbaren Erlebnissen, dem Verlust nahe stehender Menschen, der Vertreibung aus den Ostgebieten, Zerstörung ihrer Häuser bei Bombenangriffen und dem Einmarsch der Alliierten wollten sie von Politik vorerst nichts wissen. Die meisten von ihnen waren nur notdürftig untergebracht, sie hungerten und froren. Sie richteten ihr ganzes Denken und Handeln auf die Beschaffung von Nah-

>>



rungsmitteln und Brennmaterial und zimmerten sich ein dichteres Dach über dem Kopf. Erst mit der Währungsreform 1948, nach der sich die wirtschaftliche Lage allmählich verbesserte, setzte ein neues Interesse für Politik ein.

Gestaltung der Zeit nach dem Berufsleben –

Geistige Aktivierung durch Beschäftigung mit Literatur

Durch die berufliche Tätigkeit ist bei ehemaligen Lehrer(n)/-innen die Beziehung zur Literatur besonders ausgeprägt. Diese Neigung kommt ihnen als Ruheständler zugute. Deshalb legen sie bei der Beurteilung von Literatur

auch einen höheren Maßstab an. Sofern sie schreiben, müssen sie sich und ihr Werk der Kritik ihrer Kolleginnen und Kollegen stellen. Eine gute Geschichte mangelhaft geschrieben findet ebenso wenig Anklang wie eine langweilige Episode in hervorragendem Deutsch. Inhalt und Form müssen übereinstimmen. Dies wurde an ausgewählten Beispielen verdeutlicht. Lesen und Schreiben zählen zur geistigen Erbauung und können therapeutische Auswirkungen haben, besonders bei alten und kranken Menschen. ■

Kurt Kuhle
Referat Senioren

Hans-Dieter Siepmann gestorben

Am 8. Juli verstarb Hans-Dieter Siepmann, Beigeordneter i. R. der Stadt Recklinghausen, im Alter von 65 Jahren. Er war viele Jahre als Personalrat auf allen drei Ebenen, in mehreren Ausschüssen des VBE NRW sowie insbesondere in der Redaktion „Schule heute“ für unseren Verband aktiv tätig.

Seit 1972 gehörte er dem örtlichen Personalrat Recklinghausen an, ab 1978 dem Bezirkspersonalrat beim Regierungspräsidenten Münster. Von 1988 bis 1991 vertrat er die Interessen der Grund- und Hauptschullehrer im Hauptpersonalrat G/H beim Kultusministerium in Düsseldorf.

Sowohl in der Verbands- als auch in der Personalratsarbeit zeichnete er sich durch hohe Sachkompetenz auf vielen Gebieten der Schulpolitik aus, die er in seiner ruhigen und gelassenen Art hervorragend einzusetzen wusste.

1991 schied Hans-Dieter Siepmann aus der aktiven Verbandsarbeit aus, nachdem er zum Beigeordneten seiner Heimatstadt gewählt worden war.

Hans-Dieter Siepmann kann im VBE NRW als ein Mann der ersten Stunde gelten. Schon mit 25 Jahren, gleich zu Beginn seiner Junglehrerzeit, wurde er Mitglied des Verbandes Katholischer Lehrer Deutschlands (VKLD), einer der beiden Vorläuferverbände des VBE. Da er sich schon früh auch auf Bezirks- und Landesebene verbandspolitisch in der Gremienarbeit engagierte, war er einer derjenigen, die den VBE in NRW mitgegründet haben.

1976 berief ihn der damalige Schriftleiter der Verbandszeitschrift „Schule heute“ (Sh), Albert Bongard, in die Redaktion. Viele Artikel in Sh kamen aus seiner Feder. Auch wenn er Ende der 80er-Jahre wegen seiner kommunalpolitischen Aktivitäten in der CDU Recklinghausen nur noch

selten an den Redaktionssitzungen teilnehmen konnte, lieferte er doch regelmäßig wertvolle schriftliche Beiträge zur aktuellen Schulpolitik für unsere Verbandszeitschrift.

Hans-Dieter Siepmann leitete von 1974–1991 die Kath. Grundschule im Reitwinkel Recklinghausen-Süd. Seine Schule bildete eine Kuriosität in der nordrhein-westfälischen Schullandschaft. Als Schulleiter war er lange Zeit sowohl Chef der katholischen als auch Organisationsleiter der evangelischen Grundschule, die beide in einem Gebäude untergebracht waren. Es gab ein katholisches und im Nachbarraum ein evangelisches Lehrerzimmer. Hans-Dieter Siepmann hat in seiner ausgleichenden Art diese enge „Schulökumene“ gemeistert und dafür gesorgt, dass beide Seiten auf ihre Kosten kamen.

Der Kommunalpolitiker Hans-Dieter Siepmann gehörte von 1974–1990 dem Rat der Stadt Recklinghausen an. Er wirkte in verschiedenen Ratsausschüssen als Mitglied und Vorsitzender. Als er 1991 Beigeordneter wurde unterstanden seinem Dezernat das Jugendamt, das Sozialamt und das Wohnungsamt sowie ab 1996 auch das Kulturamt und die Volkshochschule.

Hans-Dieter Siepmann leitete außerdem den Förderverein für hör-/sprachgeschädigte Mitbürger, den Beirat der Kriegsofferfürsorge und den Beuthener Heimatkreis.

Nach seiner Pensionierung 1999 engagierte er sich zudem noch im Vorstand des Caritasverbandes.

Hans-Dieter Siepmann hat sich um den VBE verdient gemacht. Ihm gilt ein besonderer Dank des Verbandes.

Udo Beckmann

Landesvorsitzender

Herbert Boßhammer

Schriftleiter „Schule heute“

Leserbrief zu Protestdemo: Stoppt die Taschendiebe! in Schule heute 4/2006

Lamentieren, protestieren, demonstrieren und nun?

„Was kümmert mich mein Gerede von gestern!“, hatte Adenauer zu einer Zeit ungestraft sagen dürfen, als sich die Deutschen nach den schlimmen Erfahrungen mit der Diktatur erst noch mit demokratischen Regeln vertraut machen mussten. Seine politischen Enkel glauben jedoch, ihm auch heute noch nachzueifern zu können. Sie handeln wie damals, wagen es nur nicht mehr, ihre geheimsten Gedanken zu äußern. Doch die Bürger durchschauen auch so die Machenschaften der Politiker, mit denen sie Wahlergebnisse verfälschen.

Inzwischen beklagen diese nach einem Urnengang mangelhafte Beteiligung und einen bedenklichen Stimmenzuwachs rechtsradikaler Parteien. Um diesem Trend entgegenzuwirken, ermahnen sie sich neuerdings schon vor den Wahlen zur Ehrlichkeit. Bei Talkshows und Interviews klopfen sie sich an die Brust, bereuen und geloben Besserung. So beeindruckte auch Herr Rüttgers bei seinen vielen Auftritten Zuhörer und Zuschauer, damit sie 2005 das Kreuz an die richtige Stelle, nämlich hinter seinen Namen, setzten.

Im Mai 2003 fand vor dem Landtagsgebäude eine gemeinsame Veranstaltung des dbb und des DGB statt, die sich gegen die endlosen Kürzungen der Bezüge im öffentlichen Dienst richtete. Der damalige Oppositionsführer, Herr Rüttgers, nutzte die Gunst der Stunde, ergriff spontan das Mikrofon und versprach Besserung. Die Kürzungen wollte er stoppen, sie teilweise sogar rückgängig machen unter der Bedingung, an die Macht zu gelangen. Das klang gut in den Ohren Tausender Demonstranten. Mit ihnen verließen auch die Führungskräfte des dbb und des DGB zufrieden die Kundgebung. Über die Presse und die eigenen Organe konnten sie den über 400.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst und den Versorgungsempfängern in NW ein erfreuliches Ergebnis ihrer Bemühungen mitteilen. Das musste die Wahl zwischen den Parteien erleichtern.

Herr Rüttgers gewann und wurde Ministerpräsident. Sein Haushaltsentwurf für 2006 sieht weitere Kürzungen bei den Bezügen vor. Ein Stopp ist nicht vorgesehen, von der Rücknahme einzelner Maßnahmen keine Rede mehr. Mit dieser erneuten, bewussten Täuschung hat er bei 400.000 Wählern falsche Hoffnungen geweckt und viele Stimmen zu Unrecht erhalten. Des Dopings überführte Sportler bekommen den Sieg aberkannt. Ihnen werden Millionen an Prämien gestrichen. Sie erhalten Berufsver-

bot. Dieselben Politiker, die ganze Volksmassen hintergehen, stellen sich ungeniert vor die Kameras und fordern für die Unsportlichkeit härtere Strafen.

Ralf Eisenhöfer, Vorsitzender des dbb NW, erklärte am 23. März 2006 bei einer Kundgebung, die sich gegen die Machenschaften der neuen Landesregierung wandte: „Mit diesem Wortbruch erleidet die Landesregierung beim öffentlichen Dienst Schiffbruch!“ „Das ist heute nicht nur Protest, das ist auch Schädlingsbekämpfung!“ (Siehe „Schule heute“, Heft 4, 2006!). Gewerkschaften und Verbände fühlen sich von den Regierenden verhöhnt. Sie lamentieren, protestieren und demonstrieren. Das reicht bei hart gesottenen Männern nicht aus. Denen muss man anders beikommen und Anklage erheben. Es ist schlecht denkbar, dass Bundesrichter die Unredlichkeit einzelner Politiker als Gewohnheitsrecht durchgehen lassen, wenn diese sich durch Wortbruch Stimmen erkaufte haben und eigentlich nicht regieren dürften oder andere Koalitionen hätten eingehen müssen. Ein klares Urteil könnte Signalwirkung haben, die Politiker von Versprechungen abhalten und manchen verdrossenen Bürger an die Wahlurne zurückholen.

Um allen Missverständnissen vorzubeugen: Es geht bei diesem Beitrag nicht um die Kür-



Modernstes Bildungssystem Deutschlands
Gestern am Abgrund -
morgen... 

Wortbruch,  Herr Rüttgers!
Noch mehr Arbeit
und weniger Gehalt! 

zungen an sich, nicht um die Frage nach ihrer Berechtigung. Hätte Herr Rüttgers keine konkreten Aussagen gemacht oder wäre er, besser noch, während der Kundgebung im Mai 2003 hinter seinem Schreibtisch sitzen geblieben und hätte von dort aus der Aktion auf der Landtagswiese untätig zugesehen, wäre dieser Artikel nicht zustande gekommen. Seine Weste hätte weniger Flecken. ■

Kurt Kuhle

VBE – Bildungspolitisches Symposium 2006 Allgemeine Sekundarschule – Anforderungen an eine moderne Schule

*Eine Dokumentation,
herausgegeben vom VBE,
gebunden, 126 Seiten*

Im Mai 2005 hat der VBE-Landesverband NRW ein Modell „Allgemeine Sekundarschule“ für die zukünftige Schulentwicklung vorgelegt. Ein offenes Modell, das Perspektiven für die Schulentwicklung eröffnet, die nicht zu einem radikalen Bruch mit dem Bekannten führen, und Schulträgern die Möglichkeit bietet, flexibel auf den Rückgang der Schülerzahlen zu reagieren.

Es war jedoch von Anfang an klar, dass die Veränderung der Schulstrukturen allein noch keine umfassende Schulreform bringen kann. Die äußere Schulreform muss mit der inneren Hand in Hand gehen, denn nur so können wir die Schulen wirklich verändern. Das Bildungspolitische Symposium 2006 war für den VBE ein erster Schritt dahin. Dabei wurden ausschließlich Wissenschaftler ein-



bezogen, um sich deren Forschungen zu einzelnen Aspekten, die für die pädagogische Ausgestaltung der Allgemeinen Sekundarschule wichtig sind, zunutze zu machen. Die Beiträge der Wissenschaft können Sie in dem vorliegenden Band nachlesen.

Die Dokumentation kann ab sofort beim VBE NRW unter Angabe des Stichworts

„Dokumentation Symposium 2006“ formlos und kostenlos bestellt werden.

Bitte übersenden Sie dazu einen an sich selbst adressierten und mit 1,45 Euro frankierten DIN-A 5-Rückumschlag an die Adresse der VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund.

Hinweis: Jeder Einsender kann nur 1 Exemplar erhalten.

Teo Otto ... ein Mann der Zauberei *(Max Frisch)*

Ausstellung im Lippischen Landesmuseum



Erstmals wird in der Region Ostwestfalen-Lippe das imposante und vielseitige Werk des Bühnenbildners Teo Otto, 1904–1968, vorgestellt, der mit mehr als 800 Ausstattungen in 40 Arbeitsjahren ein Lebenswerk geschaffen hat, das seinesgleichen sucht.

Teo Otto, in Remscheid 1904 geboren und in Frankfurt/Main 1968 gestorben, gehört zu den bedeutendsten Bühnenbildnern des 20. Jahrhunderts. Das Lippische Landesmuseum Detmold freut sich sehr, dieses umfangreiche Werk in repräsentativer Auswahl einer breiten Öffentlichkeit vorstellen zu dürfen.

Bereits 1928 als 24-Jähriger wurde Teo Otto Ausstattungsleiter am Preußischen Staatstheater in Berlin und fand als Emigrant am Züricher Schauspielhaus von 1938 bis 1958 eine neue Wirkungsstätte. Er bestimmte dort die visuelle Ausstattung der Bühne. Teo Otto war ein viel beachteter und gefragter Künstler.

„Theatermachern, Dirigenten, Komponisten wie Gründgens, Lindtberg, Rennert, Schuh und Stroux, Strehler, Brook, Karajan und Strawinsky war er ein anregender Partner.“
(H. Georgsdorf)





Teo Otto, Hirte

Bühnenbilder zu Goethes Faust und zahlreiche Brecht-Inszenierungen bilden den Schwerpunkt seiner künstlerischen Arbeit, die sich intensiv um Aneignung und Verinnerlichung der literarischen oder musikalischen Vorlage bemüht. Brecht, Dürrenmatt, Gründgens und Frisch zählten zu seinen Freunden.

Minimalismus und die Ästhetik der Einfachheit sowie Pluralismus, Vielgestaltigkeit charakterisiert und prägt die Bühnenbildnerische Arbeit Teo Ottos, für den die Bühnen „... Kunstraum, gelegentlich potenziert zur Spielmetapher von Bühnen auf der Bühne war.“ (N. Eckert)

Oftmals erreicht Teo Otto das dramaturgisch Wesentliche und Notwendige mit nur wenigen Mitteln. In der Detmolder Ausstellung wird dieser Stilgriff Teo Ottos nicht nur in zahlreichen Bühnenbildentwürfen sichtbar, auch die Rekonstruktion eines Bühnenbildes nach seinem Entwurf „Zur Geschichte vom Soldaten“, eine im Schweizer Exil 1918 entstandene Oper des russischen Komponisten Igor Strawinsky (1882–1971), belegt dieses eindrucksvoll.

Die Detmolder Ausstellung bringt auch den Maler Teo Otto näher, der abends nach anstrengender Theaterarbeit zur Entspannung und Erholung zum Pinsel griff und zahlreiche Bilder in Öl malte. „Sein Thema war der Mensch, im Kampf, in der Masse, sich selbst suchend, sich verlierend, bedrängt, gestrandet oder beflügelt und immer wieder in der Aggression“ (FAZ 10.6.1968).

An der Düsseldorfer Kunstakademie unterrichtete Teo Otto das Fach Bühnenbild von 1958 bis 1964. Zu seinen bekanntesten Schülern gehören Katharina Sieverding und Jörg Immendorff. Führungen, Lesungen und Workshops sowie ein

Filmbeitrag zum Künstler Teo Otto runden die Ausstellung ab, die von der Kunststiftung NRW gefördert wird. ■

Vera Scheef
Lippisches Landesmuseum, Detmold

Lippisches Landesmuseum, Ameide 4, 32756 Detmold,
Tel.: 05231 - 99250, www.lippisches-landesmuseum.de

Dauer der Ausstellung: 29. Juli bis 29. Oktober 2006.
Führungstermine: sonntags um 15.00 Uhr
Zur Ausstellung finden Lesungen, Gespräche und Workshops statt.

30. Juli	17. September
6. August	8. Oktober
20. August	22. Oktober
3. September	29. Oktober

Teo Otto, Bühnenbild Sezuan



Für Schüler/-innen stehen folgende museumspädagogische Angebote zur Verfügung:

Angebot 1 / Klasse 4–10

Führung mit anschließender praktischer Arbeit (Bau eines Theaters im Schuhkarton)

Kosten: 0,50 Euro Eintritt + 1,00 Euro Materialgeld/Schüler
30,00 Euro / Klasse

Dauer: ca. 2 Stunden

(Jeder Schüler bringt seinen eigenen Schuhkarton mit.)

Angebot 2 / Klasse 5–13

Führung mit anschließender praktischer Arbeit (Anfertigen einer Skizze mit Pastellkreiden)

Kosten: 0,50 Euro Eintritt + 1,00 Euro Materialgeld/Schüler
25,00 Euro / Klasse

Dauer: ca. 1,5 Stunden

Fotos: Lippisches Landesmuseum



Ehrung langjähriger VBE-Mitglieder

E Zu Beginn der Sommerferien trafen sich die Jubilare des VBE-Kreisverbandes Neuss, die dem Verband seit 40 Jahren oder wie Heinz-Georg Braß gar seit 50 Jahren die Treue halten, zu einem gemütlichen Beisammensein und gemeinsamen Frühstück mit einigen Vorstandsmitgliedern beim Rittergut Birkhof in Glehn bei Neuss.

Die diesjährigen Jubilare Heinz-Georg Braß, Hermann Fremmer, Josef Gammersbach, Heinrich Tummel und Manfred Veltrup waren alle bis zu ihrer Pensionierung als Schulleiter im Rhein-Kreis Neuss tätig. Das Wiedersehen in gemütlicher Runde und die Gespräche über alte Zeiten machten viel Freude. Drei weitere Jubilare, Wilhelm Hassa, Wilhelm Koenen und Frau Gertrud Minkenberg, konnten an diesem Treffen leider nicht teilnehmen.

Die Vorsitzende des VBE-Kreisverbandes Neuss, Ursula Nolten, bedankte sich für die langjähri-

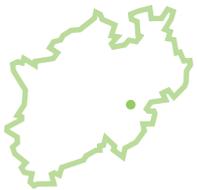
ge Mitgliedschaft der Jubilare, die auch nach der Pensionierung dem Verband treu bleiben und ihn durch ihre Mitgliedschaft weiterhin unterstützen. Sie überreichte neben einer Urkunde des Landesverbandes ein kleines Geschenk.

Alexander Godde



V. l.: H. Steinhauser, Heinrich Tummel, Ursula Nolten, Heinz-Georg Braß, Hermann Fremmer, Josef Gammersbach, A. Kames, Manfred Veltrup
Foto: Gerd Straßfeld

OV Meschede-Bestwig-Eslohe Ein letzter Gruß – ein letzter Dank



Nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verstarb am 28.07.2006 unser Kollege Gerd Cordes im Alter von 61 Jahren. Am 01.12.1969 trat er seinen Dienst als Lehrer an und leitete während der letzten 10 Jahre die Emhildisschule in Meschede.

Schon während seines Lehramtstudiums 1967 trat Gerd Cordes in den VBE ein. Von 1981 bis 1996 war er 1. Vorsitzender und 4 weitere Jahre Kassierer des Ortsverbandes Meschede-Bestwig-Eslohe. In dieser Zeit hat er unseren Ortsverband mit großem Engagement geprägt.

Auch im VBE-Kreisvorstand Hochsauerland war er viele Jahre mit unermütelichem Einsatz tätig.

Mit Gerd Cordes verlieren wir einen immer hilfsbereiten Ratgeber und Freund.

Wir werden ihn in dankbarer Erinnerung behalten!

Rüdiger Haertel

VBE-Ortsverband

Meschede-Bestwig-Eslohe

Bernd Bareuther

VBE-Kreisverband

Hochsauerland

**Ferienhaussiedlung
im skandinavischen Stil**



40 preiswerte, orig. Schwedenhäuser in versch. Größen, Parzellenverkauf, idyllisch gelegen am Badesee (ca. 100 m), ruhige Umgebung, sehr gute Erreichbarkeit, südwestl. Niedersachsen
www.scandomus.de

Büchermarkt

Sabine Nelke

Kunstunterricht in der Grundschule 3

Von der Bildbetrachtung zur eigenen Kreativität

CARE-LINE

65 Seiten, DIN A4

ISBN: 3-937252-78-9

19,90 Euro



Nach den Bänden „Kunstunterricht in der Grundschule 1/2“ und „Kunstunterricht in der Grundschule 4“, ist nun auch der Band für die dritte Jahrgangsstufe der Grundschule erschienen. Das Heft beweist, dass Kunstunterricht in der Grundschule nicht nur aus Basteln oder Malen besteht, sondern hier schon der Grundstein für ein umfassendes Verständnis von Kunst gelegt wird.

Die Autorin zeigt, wie aus der Bildbetrachtung heraus kreative Ideen entwickelt werden können, die zur Selbsttätigkeit der Schüler führen. Im Mittelpunkt stehen Gemälde bekannter Künstler, die eingehend mit den Schülern besprochen werden.

Dabei reicht die Palette vom Impressionismus von Claude Monet über den Expressionismus von Paul Klee bis hin zu Andy Warhol und dem Pop-Art-Stil.

Zahlreiche Arbeitsblätter, Folienvorlagen und Sachinformationen erleichtern dem Lehrer, diese komplexen Themen spannend, informativ und altersgerecht darzustellen. Abgerundet wird das Unterrichtsmaterial durch Folien mit den Abbildungen aller besprochenen Kunstwerke.

Sabine Nelke ist Lehrerin und arbeitet zudem als Autorin für verschiedene Verlage und Internetmagazine. Sie hat zahlreiche Artikel für Lehrer, Eltern und Schüler verfasst und viele hilfreiche Ratgeber und Unterrichtsmaterialien entwickelt.

Gunther Werner

Faire Noten. Portfolio in der Sek. I

AOL Verlag

A4-Arbeitsvorlagen, 64 Seiten

Best.-Nr. X445, ISBN 3-86567-445-3

16,95 Euro



Entdecken Sie mit Ihren Schülerinnen und Schülern, wie neue Formen der Leistungsbeurteilung ein positives Lernklima fördern! Alles, was man zu Themen wie Portfolio, Feedbackgespräche, Schüler als Beurteiler wissen sollte. Die praxiserprobten Materialien können Sie unmittelbar im Unterricht einsetzen. Mit vielen Hintergrundinformationen, praktischen Hinweisen, Feedbackbögen und Musterbriefen. Lassen Sie sich inspirieren und geben Sie Ihre guten Erfahrungen weiter!

Michael Kostka, Peter Köster

Kompetent unterrichten

Ein Praxisbuch für das Referendariat mit CD-ROM

Ernst Klett Schulbuchverlag

184 Seiten

ISBN 3-12-924436-0

19,80 Euro

Mit dem Referendariat beginnt eine spannende, erfahrungs- und erkenntnisreiche Phase der Lehrerbildung. Doch wie kann man diese Zeit von Anfang an optimal nutzen, damit aus der Lust am Unterrichten kein Frust wird?

Dieses Buch begleitet Sie in zwei wichtigen Bereichen der Ausbildung:

- Bei der Bewältigung der einzelnen Ausbildungsphasen während des Referendariats: während der ersten Tage in der Schule, bei ersten Lehrererfahrungen, Unterrichtsbesuchen und Examen.
- Beim Aufbau von Unterrichtskompetenzen, die wichtig für eine spätere erfolgreiche Arbeit als Lehrer sind.

Eine Vielzahl von praktischen Tipps und Hinweisen beispielsweise zu effizientem Hospitieren, Nutzung von Geräten und Hilfsmitteln, Sprechen vor der Klasse, Disziplin und Motivation, aber auch die kompakte Erläuterung von Unterrichtsmethoden soll dazu anregen, neue Ideen zu erproben und wichtige Kompetenzen für die zukünftige Arbeit zu entwickeln.



Christina Buchner:

Disziplin

kein Schnee von gestern, sondern Tugend für morgen. Ein Praxishandbuch für Lehrer

1. Auflage 2006, 208 Seiten, 15 Fotos und Zeichnungen, Paperback ISBN 3-935767-77-3
VAK Verlags GmbH, Kirchzarten bei Freiburg
16,95 EUR

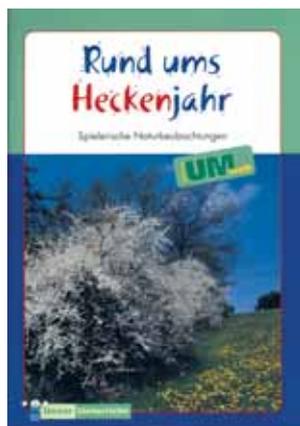
Disziplin ist nicht mehr tabu! Unter Pädagogen wird sie derzeit neu entdeckt – und zwar als Grundbedingung für fruchtbares Unterrichten und als Schlüsselkompetenz für die berufliche Zukunft der Schüler. Dieses hochaktuelle Praxishandbuch für Lehrer zeigt die Gründe für auffälliges Verhalten von „schlimmen“ Schülern und befähigt den Lehrer, konstruktiv mit Störungen umzugehen.

Eine echte Erleichterung für den Schulalltag: Hier finden Sie kurzweilige Anregungen für die Einführung einer funktionierenden Ordnung und für die kritischen Momente des Schulalltags – vom Betreten des Schulhauses am Morgen bis zum Aufräumen am Ende des Unterrichts. Auf diese Weise gewinnen frustrierte Lehrer wieder Spaß am Unterrichten und selbst Störenfriede und Klassenclowns werden zu Kindern, die im Unterricht aufmerksam mitmachen – mit Freude am Lernen. So wird Schule zu einem positiven Erlebnis für Lehrer und Schüler.



Neu im Sortiment: aus dem Domino-Verlag
aus der Reihe „Unser Unterricht – Bildung Umwelt“

Bildung Umwelt will Lehrerinnen und Lehrern konkrete Hilfestellung geben, Kindern die Probleme unserer Erde im Rahmen der Umwelterziehung nahezubringen. Die Themenhefte eröffnen vielfältige und unmittelbar umsetzbare Zugänge zu den verschiedenen Themen und bieten so überraschende Sichtweisen, die zum Handeln geradezu provozieren. Hefte mit Projekten, Forscheraufträgen und Unterrichtsvorschlägen für eine lehrplanorientierte, fächerübergreifende Umwelterziehung rund ums Jahr.

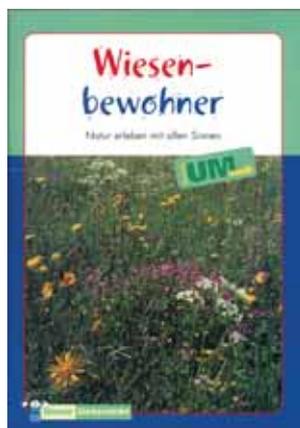


Rund ums Heckenjahr

Spielerische Naturbeobachtungen

Selbstverständlich – Hecken! ... selbstverständlich? In einer Zeit, in der man den Urlaub in einer möglichst fernen Welt „verlebt“, sind

die Zusammenhänge in heimischer Natur nicht mehr selbstverständlich und sollten unseren Kindern bewusst erklärt und in deren Blickfeld gerückt werden. Deshalb kann es nur sinnvoll sein, eine gewisse Hellhörigkeit für die leisen Töne der Natur schon in der Schule „anzulegen“.



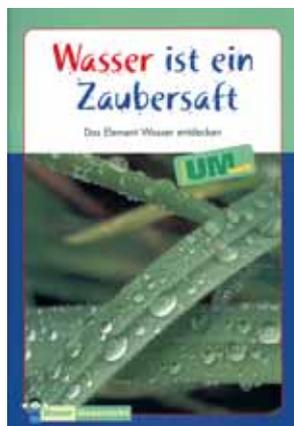
Wiesenbewohner

Natur erleben mit allen Sinnen

Wir kennen den Amazonas besser als die Wiese vor unserer Haustür – dem Fernsehen sei Dank!

Wer kennt die Vielfalt in einer Blumenwiese bzw. wer kennt überhaupt noch eine Blumenwiese?

Dabei ist – genau betrachtet – eine Wildblumenwiese der „Amazonas Mitteleuropas“. Kein Ökosystem bietet mehr Vielfalt und Varietät als die Blumenwiese. Also: Raus auf die Wiese! Und wenn es keine gibt? Dann sollte eine angelegt werden!!! Damit wir den Kindern morgen wieder etwas zeigen können: den „Amazonas“ vor unserer Haustür.



Wasser ist ein Zaubersaft

Das Element Wasser entdecken

Wasser ist existenziell. Jeder Tropfen Wasser birgt eine Geschichte in sich. In den letzten Jahren hat der wirtschaftende Mensch allerdings

in oft unheilvoller Weise auf den natürlichen Wasserhaushalt eingewirkt. Diese Zusammenhänge zu verdeutlichen und neues Engagement für einen verantwortungsvollen Umgang mit diesem lebenswichtigen Element anzuregen, das sind wichtige Aufgaben von Naturschützern und Pädagogen gleichermaßen.



Der Stadt auf der Spur

Den Lebensraum Stadt erforschen

Naturnahe Flächen sind im städtischen Raum rar geworden.

Auf den vorhandenen Resten sind Kinder oftmals keine gern gesehenen Gäste. Wie aber sollen die Kinder die Natur lieben lernen, wenn sie sie nicht sinnlich erfahren dürfen? Natur in der Stadt ist durchaus vorhanden – nur gilt es, sie auch zu entdecken. Sensibilisieren Sie die Kinder für „Stadt-Natur“; „Statt-natur“ wie Fiktionen, Simulationen und virtuelle Welten umgeben sie genug. Es kann nur im Interesse unserer Kinder sein, den Prozess der Naturentfremdung zu verlangsamen oder gar rückgängig zu machen.

Jeweils 56 Seiten, DIN A 4

Bestell-Nr.: 518010	Rund ums Heckenjahr	7,90 Euro
518011	Wiesenbewohner	7,90 Euro
518012	Wasser ist ein Zaubersaft	7,90 Euro
518013	Der Stadt auf der Spur	7,90 Euro

*Bitte beachten Sie auch unsere neue Rubrik
"Erziehung Umwelt" in unserem Online-Shop.*

Bestellungen an:

VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247
44141 Dortmund

Telefon: 0231 – 42 00 61
(mo. bis do. 9.00 – 14.00 Uhr)
Telefax: 0231 – 43 38 64

www.vbe-verlag.de
mit Online-Shop
info@vbe-verlag.de



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW